

**Stoffplan**  
**für die**  
**Arbeitsgemeinschaft 4.1. (Justiz)**  
**(überarbeitet April 2016)**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	Seite 3
Teilgebiet: Grundzüge des privaten Bauvertragsrecht einschließlich Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B)	Seite 4
Teilgebiet: Grundzüge des Insolvenzrechts	Seite 7
Teilgebiet: Grundzüge des Jugendstrafrechts einschließlich Verfahrensrecht sowie des Betäubungsmittelstrafrechts	Seite 11
Musterterminplan	Seite 17

### Vorbemerkung

Das Berufsfeld Justiz gem. § 58 Abs. 3 Nr. 1 JAPO umfasst 90 Unterrichtsstunden zu je 45 Minuten. Davon entfallen auf:

- Grundzüge des Jugendstrafrechts einschließlich Verfahrensrecht 20 Unterrichtsstunden
- Grundzüge des Betäubungsmittelstrafrechts 20 Unterrichtsstunden
- Grundzüge des Insolvenzrechts 20 Unterrichtsstunden
- Grundzüge des Bauvertragsrechts einschließlich VOB/B 25 Unterrichtsstunden
- 5 Stunden Prüfungsgespräch zur Vorbereitung auf die mündliche Prüfung

Ein Muster-Unterrichtsplan liegt bei (Seite 17)

## Teilgebiet: Bauvertragsrecht einschließlich VOB/B

### A. Materielles Recht:

#### I. Der Begriff des privaten Baurechts

1. Inhalt und Zielsetzung des privaten Baurechts
2. Ggf.: Bezüge zum Öffentlichen Baurecht

#### II. Gesetzliche Grundlagen des privaten Baurechts

1. BGB
2. VOB/ B
3. Geplante Reform/ (Neu)Regelung des „Bauvertrags“

#### III. Überblick: Vertragsbeziehungen am Bau

1. Überblick über die am Bau Beteiligten (Bauherr, Bauunternehmer, Besteller, Architekt, Fachplaner; auch: im Rahmen der Finanzierung Beteiligte)
2. Klärung grundlegender Begriffe (z.B. Gewerk, Pauschalunternehmer, Pauschalpreis etc.)
3. (Zeitlicher) Überblick über den Ablauf eines Bauverfahrens:
  - von der Planung
  - über die Finanzierung
  - über den (notariellen) Vertragsschluss
  - über die Baustelleneinrichtung
  - über die einzelnen Gewerke
  - zum fertigen Bauwerk

#### IV. Der Vertragsschluss

1. Abschluss des Bauvertrags
  - a. Vollmachtsfragen
    - Insbesondere: die Stellung des Architekten
  - b. Form
  - c. Die Bedeutung der Vertragsauslegung
  - d. Die Bedeutung des kaufmännischen Bestätigungsschreibens
2. Der übliche Vertragsinhalt eines Bauvertrages, insbesondere
  - a. Bausoll
  - b. Preisfindung (Pauschalpreis, Einzelpreis, Brutto/ Nettovereinbarung)
3. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten
  - a. Gestaltung durch AGB – VOB/B
  - b. Besondere Erscheinungsformen: Generalunternehmervertrag, Generalübernehmervertrag, etc.
  - c. Architektenvertrag

- d. Überblick: Häufig anzutreffende wirksame und unwirksame Klauseln (z.B. Vertragsstrafe)

#### 4. Die Vertragsabwicklung

- a. Bauzeitverzögerungen
- b. Nachträge
- c. Behinderungsanzeigen
- d. Mehrvergütungsansprüche

#### 5. Die besondere Bedeutung der Abnahme im Werkvertrag/ die Abnahme als „Wendepunkt“ im Bauvertrag

- a. Begriff und Wesen der Abnahme, § 640 BGB
- b. Fälligkeit der Vergütung
- c. Gefahrtragung
- d. Verweigerung der Abnahme
- e. Rechte und Pflichten vor Abnahme
- f. Rechte und Pflichten nach Abnahme

#### 6. Die vorzeitige Vertragsbeendigung

- 1. Kündigungsrecht des Bestellers
- 2. Kündigungsrecht des Unternehmers

#### 7. Gewährleistungsrechte

- a. Das Leistungssoll und der Begriff des Baumangels
- b. Gewährleistungsrechte in der Werkverktragskette
  - Im Verhältnis Bauherr- Bauunternehmer
  - Im Verhältnis Bauunternehmer- Subunternehmer
  - Im Verhältnis Bauherr- Architekt
  - Praktische Probleme bei der Umsetzung der Mängelbeseitigung bzw. Schadenersatz
- c. Schadensermittlung und Schadensberechnung
- d. Verjährungsfragen; auch: Hemmung der Verjährung

### V. Problemkreis Absicherung der jeweiligen Leistungen

- 1. Notwendigkeit der Absicherung
  - Risiko von Verzögerungen
  - Insolvenzrisiko der Beteiligten
- 2. Gestaltungsmöglichkeiten und gesetzliche Vorgaben
  - Kaufpreisabsicherung
  - Bauhandwerkersicherung, § 648 a BGB
  - Unternehmerpfandrecht

- Gewährleistungsbürgschaften

## **B. Prozessrecht**

### **I. Besonderheiten des Bauprozesses**

1. Sichtung und Ordnung des Prozessstoffes aus Sicht der Parteien und des Rechtsanwalts
2. Vorbereitung eines Bauprozesses aus Sicht des Gerichts
3. Die sachgerechte Antragstellung
  - a. Grundsätzliches
  - b. Problempunkt Verjährung
  - c. Zwangsvollstreckung
4. Beweisführung und Beweiswürdigung
  - a. Bedeutung des Selbstständigen Beweisverfahren
  - b. Bedeutung des Sachverständigengutachten
  - c. Unterschied Parteigutachten/ Sachverständigenbeweis
  - d. Kostentragung
5. Aufrechnung im Prozess
6. Widerklage (z.B. auf Mängelbeseitigung nach Kaufpreisklage);  
Drittwiderklage
7. Beteiligung Dritter am Prozess
  - a. Streitgenossenschaft
  - b. Nebenintervention und Streitverkündung

### **II. Taktische Überlegungen**

### **III. Ablauf**

### **IV. Folgen**

- a. Zwangsvollstreckung
- b. Folgeprozesse mit Nebenintervenienten

### **V. Der Vergleichsschluss bei Mehrheit von am Vergleichsschluss Beteiligten (auch Vergleichsschluss bei (gestörter) Gesamtschuld)**

## Teilgebiet: Insolvenzrecht

### A. Allgemeines

- I. Inhalt und Zielsetzung des Insolvenzrechts
- II. Verhältnis der InsO zum AnfG
- III. Verfahrensgrundsätze
  1. Antragserfordernis, § 13 I InsO
  2. Amtsermittlungspflicht, § 5 I 1 InsO
  3. Schriftlichkeit, § 5 III InsO
  4. Kosten
  5. Rechtsmittel

### B. Ablauf

1. Insolvenzantrag, §§ 13 – 15 a InsO
2. Eröffnungsverfahren: Prüfung
  - a. Zulässigkeit des Antrags
  - b. Begründetheit des Antrags = Eröffnungsgrund, §§ 16 – 19 InsO
    - Begriff der Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung
  - c. Kostendeckung
  - d. vorläufige Sicherungsmaßnahmen (§§ 21 ff. InsO)
    - Begriff des starken oder schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters
  - e. Eröffnungsbeschluss, § 27 InsO
    - Rechtswirkungen der Eröffnung
      - Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts, §§ 80 ff. InsO
      - Rückschlagsperre und Vollstreckungsverbot, §§ 89 ff. InsO
      - Ausschluss sonstigen Rechtserwerb, § 91 InsO
      - Eingeschränkte Zulässigkeit der Aufrechnung, § 96 InsO
      - Insolvenzgläubiger – Massegläubiger, §§ 47 ff. InsO
    - Bestellung eines Insolvenzverwalters
    - Alternative: Abweisung mangels Masse, § 26 InsO
      - Spätere Möglichkeiten: Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 207 I InsO) oder wegen Masseunzulänglichkeit (§ 211 I InsO)
  - f. Berichtstermin, §§ 156, 157 InsO
  - g. Verwertung des schuldnerischen Vermögens
    - Begriff der Masse, §§ 35, 36 InsO
    - Aussonderung und Absonderungsrechte, §§ 47 ff. InsO
    - Durchführung der Verwertung, §§ 159 ff. InsO
  - h. Anmeldung und Feststellung der Insolvenzforderungen, §§ 174 ff. InsO

- Anmeldung
- Prüfungstermin
- gerichtliches Feststellungsverfahren bei Widerspruch eines der Beteiligten, §§ 179 ff. InsO
- Besonderheit: Forderung aus unerlaubter Handlung/Verletzung einer Unterhaltspflicht
- i. Schlussverteilung und Schlusstermin, §§ 196 ff. InsO
  - Reihenfolge der Befriedigung
- j. Aufhebung des Insolvenzverfahrens und Rechtsfolgen, §§ 200 ff. InsO
- k. Restschuldbefreiung, §§ 286 ff. InsO
  - Voraussetzungen
  - Ausnahmen
  - Ablauf

### **C. Rolle des Insolvenzverwalters**

- I. Aufgaben und Kompetenzen des Insolvenzverwalters
  1. Inbesitznahme und Verwaltung des schuldnerischen Vermögens, §§ 148 ff. InsO
  2. Erfüllungswahlrecht, § 103 InsO
  3. Masseanreicherung
    - Einziehung offener Forderungen
    - Anfechtung von Vermögensabflüssen, §§ 129 ff. InsO
  4. Verwertung der Masse, § 159 InsO
  5. Aufstellung von Verzeichnissen
- II. Haftung des Insolvenzverwalters, §§ 60 ff. InsO
  - Haftung für Pflichtverletzung, § 60 InsO
  - Haftung für Nichterfüllung von ihm begründeten Masseverbindlichkeiten, § 61 InsO
  - Verjährung, § 62 InsO
- III. Stellung des Insolvenzverwalters im gerichtlichen Verfahren
- IV. Rolle von Gläubigerausschuss und Gläubigerversammlung, §§ 22 a, 67 ff., 74 ff. InsO

## D. Besondere Arten von Insolvenzverfahren

Insb. Verbraucherinsolvenzverfahren

## E. Insolvenzanfechtung, §§ 129 ff. InsO

- I. Rechtshandlung, § 129 InsO
  - Bedeutung des § 140 InsO
- II. Gläubigerbenachteiligung, § 129 InsO
  - Grundsatz
  - Unterscheidung unmittelbare – mittelbare Gläubigerbenachteiligung
  - Besonderheiten
    - mittelbare Zuwendungen
    - wertneutrale Rechtshandlungen
- III. Anfechtungsgrund
  1. Kongruente Deckung, § 130 InsO
    - Begriff der Kongruenz
    - mögliche Anfechtungsgegner
    - Voraussetzungen im Einzelnen
    - Bedeutung des Bargeschäfts, § 142 InsO
  2. Inkongruente Deckung, § 131 InsO
    - Begriff der Inkongruenz
    - Voraussetzungen im Einzelnen
  3. "Verschleuderungsgeschäfte", § 132 InsO
    - Verhältnis zu §§ 130, 131 InsO
    - Voraussetzungen im Einzelnen
  4. Vorsätzliche Gläubigerbenachteiligung, § 133 I InsO
    - Voraussetzungen im Einzelnen
    - insbesondere Indizien für den subjektiven Tatbestand
  5. Entgeltlicher Vertrag mit nahestehenden Personen, § 133 II InsO
    - Begriff des Vertrags
  6. Unentgeltliche Leistungen, § 134 InsO
    - Begriff der Leistung
    - Begriff der Unentgeltlichkeit
    - Unentgeltlichkeit im 3-Personen-Verhältnis, insbesondere
      - Tilgung fremder Schuld
      - Besicherung fremder Schuld
  7. §§ 135, 136 InsO
    - Einrede der Anfechtbarkeit, § 96 I Nr. 3 InsO
    - insbesondere: Verrechnung im Kontokorrentverhältnis

**F. Strafrechtliche und zivilrechtliche Haftung der Verantwortlichen im Zusammenhang mit der Insolvenz (nur Hinweis, keine vertieften Kenntnisse erforderlich)**

- I. Naheliegende strafrechtliche Haftung
  - Insolvenzverschleppung, § 15 a IV, V InsO
  - Bankrott, §§ 283, 283 a StGB
  - Verletzung der Buchführungspflicht, § 283 b StGB
  - Gläubigerbegünstigung, § 283 c StGB
  - Schuldnerbegünstigung, § 283 d StGB
  - Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen, § 266 a StGB
  - Steuerhinterziehung, §§ 370, 370 a AO
  
- II. Zivilrechtliche Haftung gegenüber Außenstehenden
  - insbesondere § 823 II BGB iVm. § 15 a I, IV, V InsO
  
- III. Zivilrechtliche Haftung gegenüber der eigenen Gesellschaft
  - § 64 S. 1 GmbHG/ §§ 92 II 1, 93 II, III Nr. 6 AktG
  - § 64 S. 3 GmbHG/ §§ 92 II 3, 93 II, III Nr. 6 AktG
  - § 43 II, III 1 GmbHG/ § 93 II, III Nr. 1 AktG
  - § 826 BGB (existenzvernichtender Eingriff)

## Teilgebiet: Jugendstrafrecht einschließlich Verfahrensrecht

### A. Allgemeine Grundlagen

#### I. Aufgaben und Zielsetzungen des Jugendstrafrechts

1. Erziehungsgedanke
2. Beschleunigungsgrundsatz

#### II. Anwendungsbereich des Jugendstrafrechts

1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich, § 1 JGG
2. Verhältnis des JGG zu den allgemeinen Vorschriften des Straf- und Strafprozessrechts, § 2 JGG, § 10 StGB

### B. Materielles Jugendstrafrecht

#### I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit Jugendlicher, § 3 JGG

1. Bedingte Strafmündigkeit, § 19 StGB, § 3 JGG
2. Verhältnis des § 3 JGG zu §§ 20 und 21 StGB
3. Beendigung des Verfahrens bei fehlender Verantwortlichkeit

#### II. Die Rechtsfolgen der Jugendstraftat

1. Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
2. Erziehungsmaßregeln, §§ 9 - 12 JGG
  - Insbesondere: Weisungen, § 10 JGG
  - Beachtung verfassungsmäßiger Grundsätze
  - Laufzeit von Weisungen und Ahndungsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlung, § 11 JGG
3. Zuchtmittel, §§ 13 – 16 JGG
  - a. Verwarnung, § 14 JGG  
Abgrenzung zur Ermahnung, praktische Bedeutung
  - b. Auflagen, § 15 JGG
  - c. Änderungs- und Ahndungsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlung, § 15 Abs. 3 JGG
  - d. Jugendarrest, § 16 JGG  
Freizeit-, Kurz- und Dauerarrest
4. Jugendstrafe, §§ 17, 18 JGG
  - a. Voraussetzungen  
(Schädliche Neigungen, Schwere der Schuld, § 17)
  - b. Abs. 2 JGG: Ausnahme zum reinen Erziehungsgedanken)
  - c. Grundsatz der „Einspurigkeit freiheitsentziehender Maßnahmen“, § 8 Abs. 2 JGG (Koppelungsverbot)

- d. Dauer der Jugendstrafe, § 18 JGG
- e. Rechtliche Einordnung als Vergehen/ Verbrechen, § 4 JGG
- f. Nichtgeltung der allgemeinen Strafrahmen,  
§ 18 Abs. 1 Satz 3 JGG

### **III. Aussetzung der Jugendstrafe zur Bewährung**

- 1. Voraussetzungen der Aussetzung, § 21 JGG
- 2. Möglichkeit der nachträglichen Entscheidung über die Frage der Aussetzung zur Bewährung
  - a. § 57 JGG
  - b. §§ 61, 61a, 61b JGG (Vorbehalt einer Entscheidung über die Aussetzung im Urteil)

### **IV. Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe, §§ 27 – 30 JGG (nur Überblick)**

### **V. Warnschussarrest, § 16a JGG**

### **VI. Mehrere Straftaten, §§ 31, 32 JGG**

- 1. Einheitsstrafenprinzip (§ 31 Abs. 1 JGG), auch bei nachträglicher Gesamtstrafenkonstellation (§ 31 Abs. 2 JGG)
- 2. Mehrere Straftaten in verschiedenen Alters- und Reifestufen, § 32 JGG

## **C. Formelles Jugendstrafrecht**

### **I. Jugendgerichtsverfassung, §§ 33 – 38 JGG**

- 1. Arten der Jugendgerichte und Besetzung, §§ 33 – 33 b JGG
- 2. Jugendstaatsanwalt, § 36 JGG
- 3. Jugendgerichtshilfe, § 38 JGG

### **II. Zuständigkeit, §§ 39 – 42 JGG**

- 1. Sachliche Zuständigkeit, §§ 39 – 41 JGG  
Jugendschöffengericht als „Auffanggericht“ mit vollem Strafrahmen bis 10 Jahre Jugendstrafe und der Entscheidungskompetenz über Unterbringung gem. § 63 StGB  
Verbindung mit Strafsachen gegen Erwachsene, §§ 39 Abs. 1 Satz 2, 41 Nr. 3, 103 JGG
- 2. Örtliche Zuständigkeit, § 42 JGG, §§ 7 ff. StPO

### **III. Besonderheiten im Jugendstrafverfahren**

- 1. Beteiligung der Jugendgerichtshilfe (§§ 38 Abs. 3, 50 Abs. 3 JGG)
- 2. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit, § 48 JGG
- 3. Einschränkung der Vereidigung, § 49 JGG

4. Stellung des gesetzlichen Vertreters, § 67 JGG
5. Notwendige Verteidigung, § 68 JGG
6. Untersuchungshaft (§ 72 JGG) und vorläufige Anordnungen über die Erziehung (§ 71 JGG)
7. Grundsatz der Subsidiarität der Untersuchungshaft, § 71 Abs. 1 Satz 1 JGG
8. Ausschluss bestimmter Verfahrensarten
  - a. Unzulässigkeit des Strafbefehlsverfahrens und des beschleunigten Verfahrens, § 79 JGG
  - b. Unzulässigkeit der Privatklage, § 80 Abs. 1 JGG
  - c. Eingeschränkte Zulässigkeit der Nebenklage, § 80 Abs. 3 JGG
9. Vereinfachtes Jugendverfahren, §§ 76 – 78 JGG

#### **IV. Abschluss des Jugendstrafverfahrens**

1. Einstellung durch die Staatsanwaltschaft
  - a. § 170 Abs. 2 StPO (ggf. i.V.m. § 3 JGG)
  - b. Absehen von Verfolgung nach § 45 JGG (“Diversion”)
  - c. Abgrenzung zum Opportunitätsprinzip
2. Einstellung durch das Jugendgericht, § 47 JGG
3. Verurteilung durch das Jugendgericht

#### **V. Rechtsmittelverfahren, § 55 JGG**

1. Verkürzung des Rechtsmittelzuges
2. Beschränkung des Rechtsmittels bei weniger einschneidenden Entscheidungen
3. Verschlechterungsverbot

#### **VI. Besonderheiten bei Heranwachsenden, §§ 105 ff. JGG**

1. Anwendung des materiellen Jugendstrafrechts auf Heranwachsende
  - a. § 105 Abs. 1 Nr. 2 od. Nr. 1 JGG („Marburger Richtlinien“ – „Stand der Entwicklungskräfte“)
  - b. Höchstmaß der Jugendstrafe, § 105 Abs. 3 JGG
2. Möglichkeit der Milderung des allgemeinen Strafrechts, § 106 Abs. 1 JGG
3. Das Verfahren gegen Heranwachsende, §§ 107 – 109 JGG
  - a. Gerichtsverfassung, § 107 JGG
  - b. Zuständigkeit, § 108 JGG
4. Geltung von Vorschriften des Jugendstrafverfahrens,
  - § 109 JGG
  - § 109 Abs. 1 JGG
  - § 109 Abs. 2 JGG (bei Anwendung materiellen Jugendstrafrechts zusätzlich geltende Vorschriften)

#### **VII. Besonderheiten bei der Sicherungsverwahrung (seit 1.6.2013) (nur Überblick)**

## Teilgebiet: Betäubungsmittelstrafrecht

### A. Allgemeines

1. Entwicklung des Betäubungsmittelrechts
2. Anwendungsbereich des BtMG
  - a. Begriff der Sucht
  - b. Anlagen I – III zu § 1 BtMG
  - c. Verordnungskompetenz des Bundesgesetzgebers
3. Systematik des Nebenstrafrechts
4. Rechtswidrigkeit im BtMG
  - a. Erlaubnisvorbehalt
  - b. § 4 BtMG

### B. Strafrecht im BtMG

#### I. Ausgangsnorm § 29 BtMG

1. Tatbestände
  - a. Verschaffungstatbestände
    - Einfuhr
    - Anbau
    - Herstellung
    - Erwerb
    - Sonstiges-sich Verschaffen
    - Besitz (Nr. 3)
  - b. Entäußerungstatbestände
    - Ausfuhr
    - Veräußerung
    - Abgabe
    - Sonstiges- in-Verkehr bringen
  - c. Handeltreiben
    - Begriff
    - Bewertungseinheit
    - Abgrenzung Versuch-Vollendung des Handeltreiben
    - Täterschaft/Teilnahme
  - d. Konkurrenzen
2. Versuch
3. Besonders schwere Fälle § 29 Abs. 3 BtMG
4. Fahrlässigkeitstaten
5. Geringe Menge § 29 Abs. 5 BtMG
  - a. Begriff
  - b. Verfahrensbesonderheiten

## 6. Drogenimitate § 29 Abs. 6 BtMG

### II. Qualifikationen

1. § 29a BtMG
  - a. Nicht geringe Menge
    - Begriff der Nicht-geringen Menge
    - Grenzwerte nach Wirkstoffen
    - Wirkstoffbestimmung
  - b. Bande
  - c. Einfuhr
2. §§ 30, 30 a BtmG

### III. Kronzeugenregelung § 31 BtMG

1. Aufklärungsgehilfe
2. Voraussetzungen
3. Rechtsfolgen

### C. Strafprozessrecht im BtMG § 35 BtMG

### D. Strafprozessuale Besonderheiten im Betäubungsmittelrecht

1. Durchsuchung
2. Telefonüberwachung
3. Verdeckte Ermittler
4. Sonstige Ermittlungsmaßnahmen
5. Beweisverwertungsfragen
6. Tatprovokation

### E. Einziehung/Verfall/Gewinnabschöpfung

#### I. Einziehung §§ 74 ff. StGB

1. Einziehung der Tatwerkzeuge
2. Einziehung des Wertersatzes

#### II. Verfall

1. Verfall § 73 StGB
2. Frucht- und Surrogatverfall § 73 Abs. 2 StGB
3. Wertersatzverfall § 73a StGB
4. Erweiterter Verfall § 73d StGB

#### III. Sicherung der Ansprüche

- Beschlagnahme §§ 111b, c, e StPO
- Rückführung von Schuldnervermögen

## Möglicher Terminplan

Unterrichtseinheiten Je 5 x 45min	Fachgebiet
	<b>Insolvenzrecht</b>
1. Termin	Das Insolvenzverfahren (Allgemeines, Ablauf – Übersicht, Rechtswirkung der Eröffnung, Rechtswirkung der Verfahrensaufhebung) Aufgaben und Kompetenzen des Insolvenzverwalters Begriffe (Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung, Insolvenzgläubiger, Massegläubiger, Aussonderungsrecht, Absonderungsrecht)
2. Termin	Ablauf – Details (Feststellungsverfahren, Restschuldbefreiung) Verbraucherinsolvenz Rolle von Gläubigerausschuss und Gläubigerversammlung
3. Termin	Insolvenzanfechtung (Teil 1)
4. Termin	Insolvenzanfechtung (Teil 2) Haftung des Insolvenzverwalters (Überblick) Stellung des Insolvenzverwalters im gerichtlichen Verfahren Haftung der Verantwortlichen Hinweis auf die Existenz eines Internationalen Insolvenzrechts
	<b>Bauvertragsrecht</b>
5. Termin	Begriff des privaten Baurechts Gesetzliche Grundlagen Vertragsbeziehungen am Bau
6. Termin	Vertragsschluss Üblicher Vertragsinhalt Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten Vertragsabwicklung Abnahme
7. Termin	Kündigung Gewährleistungsrechte
8. Termin	Verjährungsfragen Besonderheiten VOB/B
9. Termin	Besonderheiten des Bauprozesses Taktische Überlegungen Besondere Problemstellungen
	<b>JGG</b>
10. Termin	Allgemeine Grundlagen Aufgaben und Zielsetzungen des Jugendstrafrechts Anwendungsbereich Strafrechtliche Verantwortlichkeit Jugendlicher
11. Termin	Rechtsfolgen der Jugendstraftat Erziehungsmaßregeln Zuchtmittel Jugendstrafe
12. Termin	Aussetzung der Jugendstrafe zur Bewährung

	Arrest/Warnschlussarrest Mehrere Straftaten Bedeutung Jugendgerichtshilfe
13.Termin	Formelles Jugendstrafrecht Jugendgerichtsverfassung Zuständigkeit Abschluss des Jugendstrafverfahrens Besonderheiten bei Heranwachsenden
	<b>Betäubungsmittelrecht</b>
14.Termin	Entwicklung des Betäubungsmittelstrafrechts Anwendungsbereich Systematik des Nebenstrafrechts Rechtswidrigkeit im BtMG
15.Termin	Ausgangsnorm § 29 BtMG Begriffe Versuchstatbestände Fahrlässigkeitstaten Besonders schwere Fälle Geringe Menge Drogenimitate
16.Termin	Qualifikationen Nicht geringe Menge Einfuhr Bande Kronzeugenregelung
17.Termin	Einziehung Verfall Gewinnabschöpfung Strafprozessuale Besonderheiten im Betäubungsmittelrecht
18. Termin	<b>Simulation einer mündlichen Prüfung</b> Unter Einschluss aller Fachgebiete